



Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“

Sitz: Wohnpark am Stienitzsee 4
15378 Hennickendorf

Telefon: 033434 155415

E-Mail: possin@gesund-am-stienitzsee.de

Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“
Wohnpark am Stienitzsee 4, 15378 Hennickendorf

**Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt-
schutz und Landwirtschaft**

Herr Jörg Vogelsänger
Heinrich-Mann-Allee 103,
14473 Potsdam

Herzfelde, den 25.02.2015

Sehr geehrter Herr Minister Vogelsänger,

im Sommer des vergangenen Jahres haben sich in einer Petition an Ministerpräsident Woidke über 1200 Bürgerinnen und Bürger hinter die Forderung unserer Bürgerinitiative für die sofortige Errichtung einer Luftgütemessstation in unmittelbarer Nähe zum Industriegebiet Rüdersdorf und den angrenzenden Wohngebieten gestellt. Diese Position wurde durch das von der Gemeinde Rüdersdorf in Auftrag gegebene Humantoxikologische Gutachten nachhaltig gestützt. Das auch Ihr Haus nach unserem Gespräch mit der damaligen Staatssekretärin am 02. September 2014 bereit war mit der Gemeinde und den Bürgern diesen Weg zu beschreiten ist für uns Bestätigung, dass aktive Bürgerbeteiligung erfolgreich umgesetzt werden kann. Wir sehen die heutige Inbetriebnahme der Luftgütemessstation in Herzfelde und Ihre Teilnahme als vertrauensbildende Maßnahme und Bestätigung unseres ehrenamtlichen Engagements. Deshalb möchten wir Sie auch für die damit im Zusammenhang stehenden Themen sensibilisieren:

- **Umweltverträglichkeitsprüfung**

Bei neuen und wesentlich geänderten Industrieanlagen wurden in den vergangenen Jahren nur die Auswirkungen der betreffenden Einzelanlagen und deren Änderungen betrachtet. Diese waren daher fast durchweg durch die Genehmigungsbehörde als unbedeutend / irrelevant einzustufen, diese „Salamitaktik“ kritisieren wir. Eine alle benachbarten Emittenten berücksichtigende summarische Umweltverträglichkeitsprüfung fand bei der wiederholten Genehmigung wesentlich geänderter Industrieanlagen seit vielen Jahren nicht mehr statt. Im Rahmen des Erörterungstermins über die geplante Erweiterung unserer Müllverbrennungsanlage IKW Rüdersdorf der Firma Vattenfall hat die Bürgerinitiative wie auch die Gemeinde Rüdersdorf die Durchführung einer UVP gefordert. Bei der nun erneut vorliegenden Ablehnung einer UVP-Pflicht durch das LUGV wurde wiederum nicht das Zusammenwirken der Schadstoff- und Lärmemissionen aller Emittenten in unserem Industriegebiet betrachtet. Auch das hohe Verkehrsaufkommen mit seinem ungewöhnlich hohen Schwerlastanteil, den die jüngste Verkehrszählung hier in Herzfelde aufzeigte, floss in die UVP-Vorprüfungen nicht mit ein. Die Ergebnisse der Messstation werden deshalb besonders interessant sein, auch weil hier erstmalig die Gesamtbelastung gemessen wird. Alle anderen Luftgütemessstationen im Land Brandenburg messen entweder die „Hintergrundbelastung“ **oder** den Einfluss der Industrie **oder** den Einfluss des Straßenverkehrs, aber nirgendwo wird eine Messung betrieben mit der Zielstellung, die gesamte Schadstoffbelastung zu ermitteln – aber auch das musste gegen viele Widerstände im LUGV erst erkämpft werden. Wir sehen nach wie vor das LUGV in der Pflicht, eine allumfassende Umweltverträglichkeitsprüfung für das Industriegebiet Rüdersdorf und seine angrenzenden Wohn- und Landschaftsschutzgebiete zu beauftragen.

- **Transparenz schafft Vertrauen in der Bevölkerung**

Auch hier hat das Engagement der Bürger im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Vattenfall Müllverbrennungsanlage zu ersten Ergebnissen geführt. Mit der Gemeinde vereinbart und bereits realisiert ist die Veröffentlichung der Onlinedaten der kontinuierlichen Emissionsmessungen im Internet. Wir wollen erreichen, dass sich auch andere Unternehmen freiwillig zu einer solchen

Transparenz bekennen und über die gegenwärtigen gesetzlichen Anforderungen hinausgehend ihre kontinuierlich gemessenen Schadstoffemissionen online im Internet veröffentlichen. Diesen Wunsch haben wir bereits an das CEMEX Zementwerk als den hier größten Schadstoffemittenten in einem Gespräch mit der Geschäftsführung herangetragen. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Genehmigungsverfahren der Firma CEMEX zur Substitution weiterer Zuschlagstoffe durch mineralische Abfälle sind wir ebenso wie die Gemeinde Rüdersdorf besorgt, dass zusätzliche Schadstoffemissionen wie insbesondere Schwermetalle und Quecksilber auftreten können. Eine ständige kontinuierliche Probeentnahme der Rauchgase durch anerkannte Verfahren (z.B. AMESA), welche die tatsächlich emittierten Monatsfrachten an Schwermetallen, Dioxinen und Furanen aufdecken kann, sollte zum Standard dieses Emittenten gehören. Denn die vorgeschriebenen wenigen jährlichen Stichtagsmessungen über jeweils nur einige Stunden werden den neuen Prozessbedingungen bei der Verwertung von Abfällen mit ihren im Vergleich zu den früher eingesetzten natürlichen Rohstoffen viel stärkeren Qualitätsschwankungen nicht mehr gerecht. Herr Minister, wir bitten Sie Ihren Einfluss geltend zu machen und diese Forderungen zu unterstützen.

- **Lärmbelastung und Feinstaubemission durch von der Industrie maßgeblich veranlassten Straßengüterverkehr**

Es gibt – gesetzlich sanktioniert – überall eine künstliche Trennung von „Verkehr“ und „Industrie“, obwohl oft wie in unserer Region beides zusammen gehört. Ein großer Anteil des besonders lästigen und gesundheitsschädlichen LKW-Schwerlastverkehrs mitten durch die Wohngebiete wird durch die bei uns ansässige Grundstoffindustrie und Abfallwirtschaft selbst mit verursacht. Dieser offensichtliche Zusammenhang wird - entgegen aller Vernunft, gleichwohl aber gesetzeskonform - in den Industrie-Genehmigungsverfahren gar nicht erst betrachtet. Mit welchen Folgen, das muss sich nun zeigen. Die hiesige massengüterverarbeitende Industrie benötigt eine zeitgemäße Infrastruktur wie z.B. zusätzliche Industriestraßen mit Lärmschutzeinrichtungen, die Straßen sind teilweise in einem desolaten Zustand. Die Möglichkeit des Güterverkehrs per Eisenbahn oder Binnenschiff wird nicht ausreichend genutzt und beauftragt. Deshalb wird es ein lohnendes Ziel der Immissionsmessungen sein, gestützt auf fundierte Messdaten von Ihnen die erforderlichen Hilfen zur schnellen Verbesserung unserer Industrieinfrastruktur aus dem Finanztopf einzufordern, der hierfür im Koalitionsvertrag der Landesregierung vereinbart wurde und zusätzliche Verkehrsinfrastrukturmittel in Höhe von 100 Mio. € vorsieht, die ab 2016 bereitstehen.

Die Überwachung unserer durch Industrie und Verkehr belasteten Umwelt durch die heute in Betrieb genommene Immissionsmessstation muss eine dauerhafte und selbstverständliche Maßnahme der Daseinsvorsorge bleiben, denn unsere Sinnesorgane können zwar Lärm und Geruch erfassen – darüber gab es bereits viele Beschwerden im Ort – nicht jedoch die Überschreitung von Grenzwerten solcher Schadstoffe wie Quecksilber, NO₂ oder Feinstaub. Für die Gesundheit ist es letztlich egal, ob die Ursachen erhöhter Schadstoffbelastungen durch Industrie, Verkehr oder Hausbrand gesetzt werden – im ersten Schritt kommt es darauf an, durch dauerhafte, kontinuierliche Immissionsmessungen künftig evtl. auftretende Belastungen überhaupt rechtzeitig erkennen zu können. Dies auch deshalb, weil die Erfahrungen zeigen, dass die Schadstoffbelastungen kurz- und langfristig großen Schwankungen unterliegen, und dies gilt ebenso für die Emissionen der Industriebetriebe. Denn nur dort, wo kontinuierlich gemessen wird, können solche Entwicklungen sichtbar gemacht und unter Kontrolle gehalten werden.

Deshalb fordern wir die Messstation Herzfelde in die Konzeption zur Überwachung der Luftqualität im Land Brandenburg 2015 - 2019 (KÜL 2015) aufzunehmen. Die Finanzierung des Betriebes, der Analysen und der öffentlichen Verfügbarkeit der Ergebnisse dieser Messstation soll dauerhaft durch das Land bereitgestellt werden. Auch wenn Grenzwerte eingehalten werden, so muss es doch gemeinsames Ziel von Industrie und Bürgern sein, öffentlich leicht zugängliche Emissions- und Immissionsdaten im vertrauensvollen Dialog auszuwerten und Möglichkeiten zur weiteren Minimierung von Schadstoffbelastungen zu diskutieren. Hier mit Zielvorgaben oder Vorsorgewerten zu arbeiten, die weit unter den gesetzlichen Grenzwerten liegen sehen wir als richtungsweisenden Weg. Der begonnene Dialog mit Ihrem Haus, dem LUGV, der Industrie und der Gemeinde werden wir uns als Bürgerinitiative nicht verschließen und weiter kritisch und konstruktiv begleiten.

Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee“ eV.